

Walter Hotz
Kantonsrat
Schildgutstrasse 4 - 8200 Schaffhausen
walter.hotz@svp-sh.ch
www.svp-sh.ch



Schaffhausen, 1. Oktober 2026

An den Regierungsrat
des Kantons Schaffhausen
Regierungsgebäude
Beckenstube 7
8200 Schaffhausen

Interpellation

UNTERNEHMENSSTEUERN NACH 2030 – WIE GROSS IST DAS FINANZIELLE RISIKO FÜR DEN KANTON SCHAFFHAUSEN?

Sehr geehrter Frau Regierungspräsidentin,
sehr geehrte Herren Regierungsräte

Begründung

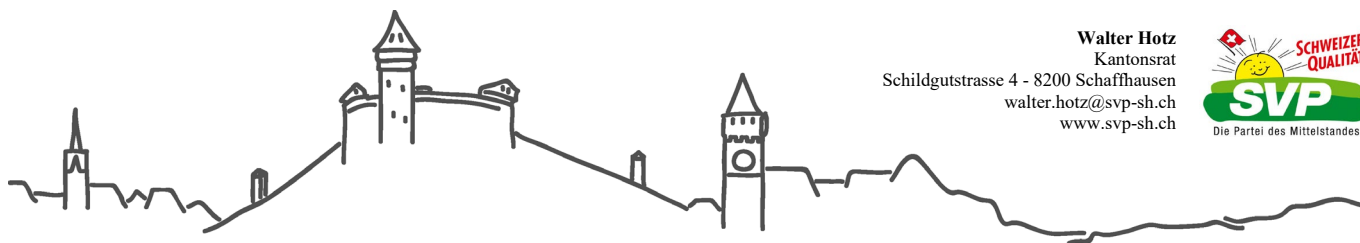
Die Unternehmenssteuern bilden einen bedeutenden, gleichzeitig aber stark schwankenden Bestandteil der kantonalen Einnahmen. Die internationale Unternehmensbesteuerung befindet sich in einem tiefgreifenden Wandel. Hinzu kommen auslaufende Steuererleichterungen, mögliche Veränderungen bei bedeutenden Steuerzahlern und ein zunehmender internationaler Standortwettbewerb.

Vor diesem Hintergrund fällt auf, dass der aktuelle Finanzplan des Kantons lediglich bis 2030 reicht. Gerade die Entwicklung **nach 2030** ist jedoch von erheblicher Bedeutung. Auch langfristige Finanzüberlegungen auf kommunaler Ebene weisen auf Risiken bei den Unternehmenssteuern hin.

Dies ist umso relevanter, als der Kanton bereits für die Jahre 2027 bis 2030 erhebliche Defizite und einen entsprechenden Eigenkapitalabbau plant.

Es besteht deshalb ein erhebliches öffentliches Interesse daran, dass die langfristigen finanziellen Risiken transparent dargestellt werden. Dabei geht es ausdrücklich nicht um die Offenlegung steuerlich geschützter Informationen einzelner Unternehmen, sondern **um gesamte finanzielle Auswirkungen und mögliche Entwicklungen**.

Die Regierung schreibt im Bericht zum Budget 2027 (Seite 7) folgendes: «Die Ertragsperspektiven sind demgegenüber mit erheblichen Unsicherheiten verbunden. (...) Für die der OECD-Mindeststeuer unterstehenden Unternehmen sind geeignete Instrumente zur nachhaltigen Sicherung der internationalen Standortattraktivität aufgrund der veränderten



Rahmenbedingungen nicht mehr greifbar. Eine Erosion der Steuererträge der juristischen Personen kann nicht ausgeschlossen werden.»

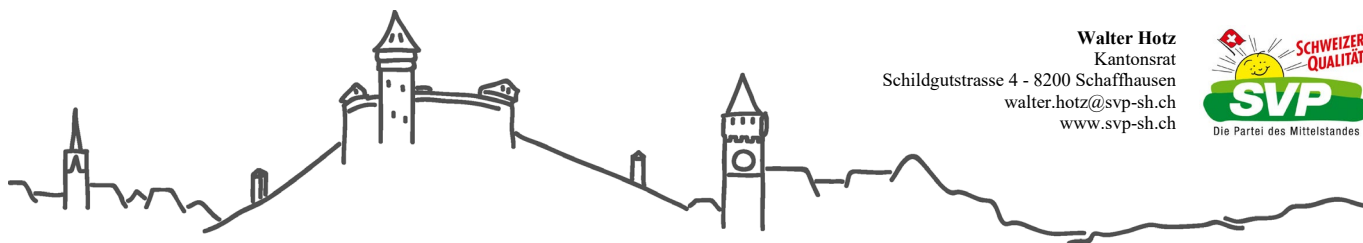
Die Stadt wird in Ihrer Botschaft zum Budget 2027 (Seite 2) deutlicher: «Die Umsetzung der OECD-Mindeststeuer wird voraussichtlich dazu führen, dass die Unternehmenssteuererträge in den nächsten Jahren erodieren.» Zudem wird der Ertragsfall für die Stadt auf bis zu 90 Mio. Franken pro Jahr quantifiziert.

Der Kanton würde eine Erosion noch viel stärker treffen, zumal auf Kantonsebene neben den Kantonssteuern auch die Bundessteuereinzugsprovision anfallen. Dennoch bleibt die Regierung dem Kantonsrat und der Öffentlichkeit eine Aussage dazu schuldig.

Angesichts dieses Szenarios darf und muss die Frage gestellt werden, ob der Kanton sich der Ausgangslage klar genug bewusst ist, transparent genug informiert wird und ob rechtzeitig die richtigen Massnahmen ergriffen werden, damit die erheblichen Ertragsausfälle kompensiert werden können oder das Eintreffen des Risikos gar nie eintritt.

Ich bitte den Regierungsrat um Beantwortung folgender Fragen:

1. Mit welchen Erträgen aus den Steuern juristischer Personen rechnet der Regierungsrat für die Jahre 2031 bis 2035? Kann er diese Erwartungswerte pro Jahr ausweisen?
2. Welche Auswirkungen haben auslaufende Steuererleichterungen bestehender Unternehmen voraussichtlich auf diese Einnahmen? Können diese Auswirkungen aggregiert und unter Wahrung des Steuergeheimnisses quantifiziert werden?
3. Welche Auswirkungen erwartet der Regierungsrat aus der internationalen Mindestbesteuerung und weiteren Veränderungen der internationalen Unternehmensbesteuerung für den Wirtschafts- und Steuerstandort Schaffhausen?
4. Sind dem Regierungsrat beziehungsweise der Wirtschaftsförderung Entwicklungen bei bedeutenden Steuerzahlern bekannt, welche die kantonalen Unternehmenssteuererträge ab 2030 substanziell beeinflussen können? Falls ja: In welchem finanziellen Umfang sind solche Entwicklungen in der kantonalen Planung bereits berücksichtigt?
5. Wie beurteilt der Regierungsrat die Konzentrationsrisiken, die sich aus der Abhängigkeit des Kantons von einer kleinen Anzahl bedeutender Unternehmenssteuerzahler ergeben?
6. Ist der Regierungsrat bereit, für die Jahre 2031 bis 2035 mindestens ein Basis-, Negativ- und Positivszenario für die Unternehmenssteuern vorzulegen?



Walter Hotz
Kantonsrat
Schildgutstrasse 4 - 8200 Schaffhausen
walter.hotz@svp-sh.ch
www.svp-sh.ch



7. Wie würden sich diese Szenarien auf das Gesamtergebnis des Kantons, den NFA, das Eigenkapital und die finanzpolitischen Reserven auswirken?
8. Wie erklärt der Regierungsrat allfällige Unterschiede zwischen längerfristigen Einschätzungen von Stadt und Kanton Schaffhausen bezüglich der Entwicklung der Unternehmenssteuererträge? (Vorlage des Stadtrats vom 25. Augst 2026 „Botschaft des Stadtrats an den Grossen Stadtrat Schaffhausen zum Budget 2027 und Finanzplan 2027 bis 2030“).
9. Welche konkreten Massnahmen verfolgen das Volkswirtschaftsdepartement und die Wirtschaftsförderung, um bestehende Unternehmen langfristig in Schaffhausen zu halten, Neuansiedlungen zu erreichen und die Abhängigkeit von einzelnen grossen Steuerzahlern zu reduzieren?
10. Hält der Regierungsrat angesichts dieser Risiken eine Erweiterung der finanziellen Langfristplanung bis mindestens 2035 für angezeigt?

Angesichts der möglichen finanziellen Tragweite dieser Entwicklung und der aktuell laufenden Budget- und Finanzplandebatte besteht ein erhebliches öffentliches Interesse an einer transparenten und zeitnahen Beantwortung dieser Fragen.

Der Unterzeichner dankt dem Regierungsrat für seine Bemühungen.

Freundliche Grüsse

Walter Hotz